



## Informationen Ihres Europaabgeordneten

**Dr. Christian Ehler, CDU/EVP**

## Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

In dieser Februar-Ausgabe möchte ich Sie über die wichtigsten europapolitischen Themen aus Straßburg und Brüssel informieren. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und unserer Europapolitik!

- 1. Rede in Frankfurt/Oder zur Grenzkriminalität**
- 2. Austausch von Verkehrssünder-Daten bald in allen EU-Ländern**
- 3. Bekämpfung der europaweiten Jugendarbeitslosigkeit**
- 4. Start für einen Untersuchungsausschuss zu Steuervorbescheiden**
- 5. Nominierung zu den MEP-Awards**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen,

Ihr

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles  
Tel.: +32 228 45325  
Fax: +32 228 49325  
E-mail: [christian.ehler@europarl.europa.eu](mailto:christian.ehler@europarl.europa.eu)

Europäisches Parlament  
Allée du Printemps  
Bât Louise Weiss T 10007  
F-67070 Strasbourg  
Tel.: +33 3881 75325  
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg  
Gregor Mendel Strasse 3  
D-14469 Potsdam  
Tel.: +49 331 200 85 720  
Fax: +49 331 200 85 719  
E-mail: [info@christian-ehler.de](mailto:info@christian-ehler.de)

## 1. Rede in Frankfurt/Oder zur Grenzkriminalität



Am Freitag, den 13. Februar 2015 hat im Bolfrashaus in Frankfurt (Oder) das gemeinsame Arbeitsgespräch von meinem polnischen Abgeordnetenkollegen Herrn Prof. Rosati und mir stattgefunden.

Ich habe diese Initiative zusammen mit meinem polnischen Abgeordnetenkollegen Herrn Prof. Dariusz Rosati angesichts der Aktualität des Themas in der polnisch-brandenburgischen Grenzregion gestartet. Auslöser der Initiative war mein Besuch Anfang März 2014 in Küstrin-Kietz auf Einladung von Herrn Frank

Schütz (CDU Oderbruch), bei dem ich mir vor Ort ein Bild der aktuellen Sachlage in der Grenzregion machen konnte.

In dem Arbeitstreffen haben wir zunächst kurz dargelegt, welche Möglichkeiten aus Sicht der EU-Ebene geschaffen worden sind, um in der EU-Förderperiode 2014-2020 Maßnahmen zur Bekämpfung der Grenzkriminalität unter dem thematischen Ziel 11 der ETZ „Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von öffentlichen Behörden und Interessenträgern und der effizienten öffentlichen Verwaltung durch Förderung der Zusammenarbeit in Rechts- und Verwaltungsfragen und der Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Institutionen“ zu fördern.

In Anlehnung daran haben wir mit den an der Erarbeitung des Kooperationsprogramms INTERREG V A Bundesland Brandenburg – Republik Polen 2014-2020 beteiligten Akteuren diskutiert, welche Maßnahmen als sinnvoll erachtet werden.



## 2. Austausch von Verkehrssünder-Daten bald in allen EU-Ländern

Am 11. Februar verabschiedete das Parlament neue Regeln, die den Austausch von Verkehrssünder-Daten bald in allen EU-Ländern gewährleisten sollen. Vor Ablauf von zwei Jahren werden sie auch in Großbritannien, Irland und Dänemark wirksam, und damit in allen 28 EU-Mitgliedstaaten.

Die neuen Vorschriften über den grenzüberschreitenden Austausch von Daten zu Verkehrsdelikten sollen gewährleisten, dass Verkehrssünder im Ausland ihrer Strafe nicht entgehen. "Um das neue EU-Ziel zur Halbierung der Zahl der Verkehrstoten zu erfüllen, brauchen wir neue und wirksamere Instrumente wie zum Beispiel diese Richtlinie zur Bekämpfung der Straflosigkeit. Natürlich sind die Bürger nicht begeistert, wenn sie einen Strafzettel bekommen, aber sie werden begrüßen, dass nun jeder in der EU gleich behandelt wird, egal wo ihr Fahrzeug zugelassen ist", sagte die Berichterstatterin Inés Ayala Sender (S&D), deren Bericht mit 640 Stimmen angenommen wurde, bei 61 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen. "Diese Richtlinie hat sich bereits als ein sehr wirkungsvoller erster Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit auf den Straßen der EU erwiesen. Sie wird als Abschreckung für ausländische Fahrer dienen, die jetzt wissen,

dass sie einer Strafe für ein im Ausland begangenes Verkehrsdelikt nicht entgehen können", fügte sie hinzu.

Die Vorschriften über den grenzüberschreitenden Austausch von Informationen über Verkehrsdelikte ermöglichen den Behörden der Mitgliedstaaten den Zugang zu nationalen Fahrzeugregistern in anderen EU-Ländern, um Verkehrssünder zu identifizieren, die die folgenden Verkehrsdelikte begangen haben:



Geschwindigkeitsübertretung, Nichtanlegen des Sicherheitsgurts, Überfahren eines roten Lichtzeichens, Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren unter Drogeneinfluss, Nichttragen eines Schutzhelms, unbefugte Benutzung eines Fahrstreifens, und rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons oder anderer Kommunikationsgeräte beim Fahren.

### **3. Bekämpfung der europaweiten Jugendarbeitslosigkeit**

Die Europäische Kommission schlug zum Monatsbeginn vor, eine Milliarde Euro zur Bekämpfung der europaweiten Jugendarbeitslosigkeit für Vorfinanzierungen bereitzustellen. Bereits dieses Jahr sollen die Mittel im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen an die Mitgliedsstaaten vergeben werden. Bis zu 650 000 Menschen unter 25 Jahren könnte somit geholfen werden, einen qualitativ hochwertigen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden. Vor der Erhöhung waren es nur bis zu 22 000 Jugendliche.

Alle 28 Mitgliedsstaaten hatten bereits 2013 der Jugendgarantie zugestimmt und Pläne vorgelegt, wie sie vorgehen wollen. Der Europäische Sozialfonds mit einem Budget von 86 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020 stand unter anderem zur Finanzierung dieser Garantie zur Verfügung, nun ergänzt die Beschäftigungsinitiative Mittel für weitere Aktivitäten der Länder. Darunter zählen Programme für Weiterbildungen und erste Joberfahrungen sowie zur Unterstützung für junge Start-Up-Gründer. Durch die Erhöhung auf eine Milliarde Euro stehen Mitgliedsstaaten dreißigmal so viel Mittel zur Vorfinanzierung der Projekte zur Verfügung als zu Beginn der Initiative.

## **4. Start für einen Untersuchungsausschuss zu Steuervorbescheiden**

---

In seiner ersten Sitzungswoche im Februar beschloss das Europäische Parlament, einen Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden einzusetzen. Im Vorfeld mehrten sich Verdachtsfälle gegenüber EU-Mitgliedstaaten, die großen Unternehmen sehr hohe Steuervorteile gewähren. Ob diese Steuervorteile als staatliche Beihilfen anzusehen sind und somit gegen Vorschriften des Beihilfe- und Steuerrechts der EU verstoßen, muss nicht nur dringend geklärt werden. Laut dem Beschluss befürchtet das Europäische Parlament, dass der "von den Mitgliedstaaten unterstützten aggressiven Steuerplanung" nicht genug entgegengewirkt wird. Es seien "beträchtliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen der EU und in der EU" möglich.

Die 45 Mitglieder des Untersuchungsausschusses unter Vorsitz des EVP-Abgeordneten Alain Lamassoure sollen innerhalb von sechs Monaten grundlegend analysieren, ob sich Mitgliedsstaaten an ihre Verpflichtung halten, steuerbezogene Informationen auszutauschen, wenn einem anderen Mitgliedstaat ein Verlust an Steuereinnahmen droht. Solche Steuervorbescheide sollen unter anderem Steuereinsparungen dokumentieren, die Konzerne erzielen, wenn sie ihre Gewinne verlagern. Der Ausschuss wird deshalb die steuerrechtlichen Regelungen der Mitgliedsstaaten seit 1991 untersuchen. Zusätzlich soll die Arbeit der Europäischen Kommission geprüft werden, ob und wie diese bei Verstößen gegen die Beihilfenvorschriften der EU vorgegangen ist.

## **5. Nominierung zu den MEP-Awards**

---

Zum bereits elften Mal werden am 18. März in Brüssel die MEP Awards verliehen. In insgesamt 17 Kategorien werden diejenigen Abgeordneten ausgezeichnet, die sich für ein bestimmtes Thema besonders eingesetzt haben. Organisiert wird die Verleihung vom Politikmagazin "The Parliament". Als Sponsoren für die einzelnen Preiskategorien treten private und öffentliche Firmen und Organisationen auf. So wird die Kategorie Forschung und Innovation durch die halb öffentliche, halb private Partnerschaft ECSEL finanziert. Europäische Stakeholder waren berechtigt, diejenigen Abgeordneten vorzuschlagen, die in ihren Bereichen besonders gute Arbeit geleistet haben. Christian Ehler freut sich besonders über die Nominierung im Bereich Forschung & Innovation und das ihm damit zukommende Vertrauen der Stakeholder. Besonders für das Programm Horizon 2020 setzt sich Ehler seit langem besonders ein. Nun liegt es an den EU-Abgeordneten für die Gewinner zu stimmen. Neben Ehler sind auch der Belgier Philippe De Backer (ALDE) und die Polin Krystyna Łybacka (S&D) nominiert.

## **6. Bildquellen**

---

<http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Road-Safety%3A-another-important-step-towards-fewer-deaths>